

KIRCHE

WEHRPFLICHT-STREIT

Eberhard der Plötzliche

Eine halbe Million Menschen — so war die Schätzung — wollen in dieser Woche in Frankfurt am Main zusammenkommen, um am 7. Deutschen Evangelischen Kirchentag teilzunehmen. Bundestagspräsident Gerstenmaier aus Bonn und Volkskammer-Präsident Dieckmann aus Pankow sind ebenso angesagt wie Bundespräsident Theodor Heuss und der Pankower stellvertretende Ministerpräsident Otto Nuschke.

Sie alle sollen unter dem Motto des Tages: „Lasset euch versöhnen mit Gott“ als Glieder der Evangelischen Kirche brüderlich miteinander diskutieren. Aber die letzten vierzehn Tage haben gezeigt, daß die Brüderlichkeit evangelischer Christen zu einer Farce zu werden droht, seit politische Gruppierungen versucht haben, die geistliche und weltliche Autorität der Kirche für ihre politischen Zwecke in Anspruch zu nehmen. Mitglieder der Synode, des Parlaments der Evangelischen Kirche*, werfen einander „Verleumdungen“, „Verdächtigungen“ und „Machenschaften“ vor, seit dieses Gremium Ende Juni 1956 in Berlin getagt hat.

Der Streit hatte in Berlin damit begonnen, daß der Pfarrer Benjamin Locher aus Wuppertal-Elberfeld im (dritten) fast vierzigköpfigen Synoden-Ausschuß „Einheit des Volkes“ den Antrag eingebracht hatte:

Die Synode bittet die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik sowie den Bundestag und die Volkskammer, von der Einführung einer Wehrpflicht in einem geteilten Deutschland Abstand zu nehmen und sich bis zur Wiederherstellung der Einheit unseres Volkes über eine Begrenzung der beiderseitigen bewaffneten Kräfte zu verständigen.

Die Frage, ob kirchliche Instanzen zu solchen politischen Streitfragen überhaupt Stellung nehmen sollen, ist nun aber noch keineswegs entschieden. Das Problem besteht erst seit 1918: Bis dahin waren die Landesfürsten gleichzeitig geistliches Oberhaupt der evangelischen Landeskirchen, die politische Meinung der Kirche war also vorgezeichnet.

Seither geht der innerkirchliche Streit darum, ob die — nun unabhängige — Kirche ein „Wächteramt“ gegenüber dem Staat habe oder sich auf die Verkündigung des Evangeliums beschränken solle.

Es gab da beispielsweise so extreme Auffassungen wie die des Synodalen Eugen Gerstenmaier, dem 1945 im Rückblick auf den Hitler-Staat die Haltung der Kirche zu lasch gewesen schien: „Ich litt je länger desto mehr darunter, daß die Kirche fast in all ihren Gruppierungen — die Bekenkende Kirche eingeschlossen — bewußten Hochverrat ablehnte.“

1956 sagte Gerstenmaier dagegen: „Es ist nicht Sache der Kirchen, in einem politischen Methodenstreit Stellung zu nehmen, und es ist auch nicht ihre Sache, die Waffen zu segnen oder zu verfluchen.“ Immerhin hat aber die Kirche zu anderen politischen Fragen (Entnazifizierung, Kriegsverbrecher, Konzentrationslager, Mitbestimmung, Entschädigung der Opfer des Nationalsozialismus) offiziell Stellung genommen.

In die Vielfalt der Meinungen, die es heute zu dieser Frage gibt, stieß in der Berliner Synode Ende Juni also der Pfarrer

* Der Synode gehören 100 von den Gliedkirchen entsandte und 20 vom Rat (der „Regierung“) berufene Mitglieder an. Die Legislaturperiode der Synode beträgt vier Jahre. Die jetzige — zweite — Synode trat 1955 zum erstenmal zusammen.



Unterschriften-Gegner Müller
Trampeln und Zischen...

Benjamin Locher mit seinem Antrag vor, man möge eine Resolution gegen die Wehrpflicht fassen.

Er hatte im Ausschuß schnell einige Synodale aus der sowjetischen Besatzungszone an seiner Seite, die auf die Folgen einer bundesrepublikanischen Wehrpflicht für die Zone hinwiesen, und er konnte sich auch der Unterstützung jener Synodalen sicher sein, die in der Bundesrepublik in politischer Opposition zu der Wehrpflichtkoalition stehen, etwa des Chefs der „Gesamtdeutschen Volkspartei“, Gustav Heinemann, und jenes Kreises rheinischer Theologen um die Bonner Theologieprofessoren Helmut Gollwitzer und Hans-



Unterschriften-Sammler Heinemann
... im Bonner Gotteshaus

Joachim Iwand, die durchaus politische Meinungen zur Wiederbewaffnung äußern. Im Parlament hat diese Gruppe keine Vertreter — Heinemanns „Gesamtdeutsche Volkspartei“ hat fast nirgendwo politische Bedeutung erlangt —, in der Synode kann sie sich jedoch größerer Resonanz sicher sein.

Für eine Annahme des Antrags Locher war im Ausschuß freilich keine Mehrheit zu finden; da man ihn aber auch nicht ablehnen wollte, nahm der Ausschuß Zuflucht zu der Manier, in der bei politischen Parteien, etwa auf Parteitag, delikate Anträge geräuschlos begraben werden.

Der Ausschuß beschloß, eine Kommission der Synode nach Bonn zu entsenden mit dem Auftrag,

▷ „Bundesregierung und Bundestag ... von den schweren Besorgnissen in Kenntnis zu setzen, die von Synodalen über die Rückwirkung der Einführung einer Wehrpflicht auf die Verhältnisse in der DDR geäußert worden sind.“

In Pankow sollte ein ähnlicher Schritt gegen den Wehrzwang unternommen werden.

Damit sollte der Antrag Locher weder angenommen noch abgelehnt, sondern „erledigt“ sein. Der Ausschuß empfahl dem Plenum der Synode, diesen Vorschlag ohne Debatte zu akzeptieren; denn diese Frage drohte nun schon fast die ganze Synode zu sprengen. Wehrpflichtanhänger unter den Synodalen hatten ihren Auszug aus dem Plenum avisiert, falls eine Mehrheit einen Antrag gegen die Wehrpflicht annehmen sollte.

Falschmeldung des „Bulletin“

Die rheinischen Kirchenleute um Heinemann und Gollwitzer wollten nun aber doch deutlich machen, wie viele der 120 Synodalen eigentlich gegen die Wehrpflicht sind. So formulierte der Professor Gollwitzer in der Mittagspause rasch einen Text:

Die Unterzeichneten schließen sich den Bedenken gegen die Einführung einer Allgemeinen Wehrpflicht bzw gegen Zwangsmethoden bei der Werbung für den Wehrdienst an, die durch die von der Synode beauftragte Delegation in Bonn und Ostberlin vorgetragen werden sollen.

Dieser Text wurde in sechsfacher Ausfertigung unter den Synodalen in Umlauf gesetzt, damit sie unterschrieben. Noch während diese Texte weitergereicht wurden, kam es im Plenum — entgegen der Ausschuß-Empfehlung — doch zu einer Debatte, in der Benjamin Locher seinen Anti-Wehrpflicht-Antrag noch einmal einbrachte. Als die Ausschußempfehlung (Delegation für Bonn und Pankow) aber schließlich vom Plenum mit zwei Änderungen fast einstimmig angenommen wurde, zog Locher seinen Antrag zurück. Der Plenarbeschuß lautete jetzt, eine fünfköpfige Kommission sei beauftragt.

▷ „Bundesregierung und Bundestag der Bundesrepublik Deutschland von den Gesichtspunkten und Besorgnissen in Kenntnis zu setzen, die von Synodalen über Auswirkungen einer Wehrpflicht geäußert worden sind.“

Im Gegensatz zur Ausschußfassung sollte die Kommission in Bonn also nicht nur „Besorgnisse“, sondern auch „Gesichtspunkte“ darlegen, und es war nun nicht mehr von „Rückwirkungen der Wehrpflicht auf die Verhältnisse in der DDR“ die Rede, sondern allgemein von ihren „Auswirkungen“.

Inzwischen hatten 62 Synodale, also über 50 Prozent, die Gollwitzer-Heinemann-Erklärung unterschrieben, auch die meisten Mitglieder des Präsidiums. Den Unterzeichnern war versichert worden, ihre Namen würden geheimgehalten, um den



Wehrpflicht-Gegner Gollwitzer
Massen strömen zusammen...

Synodalen aus der Sowjetzone keine Schwierigkeiten zu machen. Die Unterschriftenlisten wurden der Delegation vorgelegt, damit sie sehe, daß die Mehrheit der Synodalen Besorgnisse wegen einer Wehrpflicht habe.

So konnte sich die Kommission für Bonn mit der Gewißheit auf den Weg machen, daß die Mehrheit der Synodalen die Bedenken gegen die Wehrpflicht teilte, die vorgebracht werden sollten. Die Delegation war dann am Tage vor der zweiten Lesung des Wehrpflichtgesetzes in Bonn. Durch ihre private Aktion zum Nachweis der Tatsache, daß mehr als die Hälfte der Synodalen Bedenken gegen die Wehrpflicht teilen, hatten Heinemann und Gollwitzer dafür gesorgt, daß die politische Opposition im Bundestag prächtige kirchliche Argumente in die Hand bekam, von denen sie dann auch ausgiebig Gebrauch machte. Sagte der Abgeordnete Erler (SPD): „Wir sollten wirklich den Ruf der Männer der Evangelischen Synode hören...“

In dieser Lage mußte die Christlich-Demokratische Union, die auf die Bedenken der Synodalen keine Rücksicht nehmen wollte, schon zu schwerem Geschütz greifen. Zunächst vorbereitete das regierungsamtliche „Bulletin“ eine Falschmeldung: „Angeblich sollten 62 Synodale ihre Unterschrift gegeben haben. Wie jedoch verlautet, haben nur 50 von 120 Synodalen... unterschrieben.“

Der CDU-Abgeordnete Cillien, evangelischer Oberkirchenrat, griff während der dritten Lesung des Wehrpflichtgesetzes zu einem anderen Trick. Er las im Plenum eine Aufzeichnung vor, die Bundestagspräsident Gerstenmaier von dem Empfang der Synoden-Kommission gemacht hatte und ließ dabei die wichtigste Passage aus:

▷ „Im einzelnen gab der Sprecher (der Delegation) der Befürchtung Ausdruck, daß eine endgültige Einführung der Allgemeinen Wehrpflicht in der Bundesrepublik einen entsprechenden Schritt in der Deutschen Demokratischen Republik nach sich ziehen werde, der für die in der DDR lebenden Deutschen erneute Belastungen und Gewissensnöte

mit sich brächte. Er bat, diese Sorgen bei den bevorstehenden politischen Entscheidungen gebührend zu berücksichtigen.“

Das Wehrpflichtgesetz wurde schließlich angenommen. Aber die CDU-Manager mochten es doch als Schlappe empfunden haben, daß sich die Evangelische Kirche gegen die CDU-Politik stellte. Sie sann, die Scharte auszuweiten.

So telephonierte bald nach dieser Affäre der Geschäftsführer des „Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU“ in Bonn, Hans Strümpfel, mit dem Direktor der Evangelischen Akademie in Bad Boll, D. Dr. Eberhard Müller, einem Mitglied der Synode. Ob er nicht „vor einem Kreis Bonner Gemeindeglieder“ zum Thema „Unsere Sorge um den Weg der Kirche“ sprechen wolle, fragte Strümpfel den Akademiedirektor. Müller sagte unter der Bedingung zu, die Veranstaltung dürfe von keiner politischen Gruppe getragen werden.

Geradezu revolutionäre Akte

Dieser Dr. Müller, von seinen Mitarbeitern seit langem „Eberhard der Plötzliche“ geheiß, hat einen schwäbischen Dickhäutler, war im Dritten Reich Studentenfürer, im Kriege Feldgeistlicher und organisierte nach dem Kriege die „Evangelische Akademie“ in Bad Boll, in der Vertreter verschiedener Berufsgruppen zu Diskussionen zusammenkommen.

Müller mit seiner impulsiven Art schien dem Bonner CDU-Funktionär Strümpfel der rechte Mann, die Urheber der unangenehmen Unterschriftenaktion unmöglich zu machen. In Strümpfels Büro schrieb die — katholische — Sekretärin Ackermann Einladungen zu einer „unpolitischen“ Veranstaltung, die später in der CDU-Geschäftsstelle vervielfältigt wurden:

„Seit längerer Zeit versuchen zahlenmäßig kleine, aber aktive Kreise, für ihre einseitigen politischen Anschauungen die Autorität der Kirche in Anspruch zu nehmen... Wir... halten jetzt den Augenblick für gekommen“, so lief es durch den Vervielfältigungsapparat der CDU-Bundesgeschäftsstelle, „in aller Öffentlichkeit zu erklären, daß wir uns gegen eine Politisierung des kirchlichen Lebens zur Wehr setzen werden.“

Unterzeichnet war das Schriftstück, das zu einer Veranstaltung mit Müller in das Bonner Stern-Hotel einlud, von einigen Ministerialbeamten und Freunden des CDU-Funktionärs Strümpfel. Die Einladungen wurden nach der Mitgliederkartei des Evangelischen Arbeitskreises der CDU und außerdem an Hand des Telefonbuches an Pfarrer und mutmaßliche Interessenten verschickt.

Einer der Unterzeichner der Einladung war Dr. Waldemar Wünsche aus dem Bundespresseamt, der auf Bitten des CDU-Funktionärs Strümpfel der Veranstaltung die nötige Publizität verlieh, indem er vor dem Müller-Vortrag ihm bekannte Journalisten zu einer Pressekonferenz bat und ihnen den Text der geplanten Müller-Rede mit dem Hinweis übergeben ließ, es handele sich um „eine höchst bedeutungsvolle Erklärung“.

Bereits kurz vor acht Uhr abends war der Tagungsraum im zweiten Stock des Stern-Hotels überfüllt. Etwa 400 Menschen warteten drinnen und draußen. Pfarrer Mummenhoff, Präses des Presbyteriums der Kirchengemeinde Bonn-Mitte regte an, die Versammlung in die Kreuzkirche zu verlegen. Aus der sich drängenden Menge heraus warnte Professor Hans-Joachim Iwand: „Wäre nicht die Universität geeigneter?“ Dr. Müller verkündete aber: „Wir gehen in die Kreuzkirche.“ 450 Menschen zogen an der Universität vorbei zum Gotteshaus am Kaiserplatz, unter

ihnen Professor Gollwitzer und der Botschafter außer Diensten Schlange-Schönningen.

Am Lesepult der Kirche stehend eröffnete Staatssekretär Dr. Walter Strauß vom Bundesjustizministerium (Mitglied des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU und des Arbeitskreises Bonn der Evangelischen Akademie) die Versammlung in der Kirche und teilte mit, daß er als Diskussionsleiter vorgeschlagen worden sei. Er erteilte dem Dr. Müller das Wort.

Müller erhob sich und sagte von seinem Platz aus: „Mir ist ein Zettel gereicht worden mit der Bitte, von der Kanzel aus zu sprechen, da sich mehrere Schwerhörige unter den Zuhörern befinden.“ Dann schritt Eberhard Müller zur Kanzel. Von der Stelle aus, von der sonst das Wort Gottes verkündet wird, las er seine Erklärung vor, die schon an die Presse verteilt worden war und in der es heißt:

„Es ist der Anschein entstanden, als ob die maßgeblichen kirchlichen Gremien aus christlicher Verpflichtung den Wehrdienst in der Bundesrepublik ablehnen. Diese Meinung kann äußerst gefährliche Folgen für die Zukunft unseres Volkes haben; denn es steht zu erwarten, daß Tausende von jungen Menschen unter Berufung auf ein solches Votum den Soldatendienst verweigern, ohne aus eigener Gewissensüberzeugung dazu gezwungen zu sein. Die Gefahr ist nicht von der Hand zu weisen, daß daraus geradezu revolutionäre Akte gegen bevorstehende Einberufungen entstehen können...“

Dann ging Eberhard Müller mit der Unterschriftensammlung ins Gericht: „Da zu dem Zeitpunkt der Unterschriftensammlung den unterzeichneten Synodalen noch nichts anderes bekannt war, als daß Bedenken hinsichtlich der Auswirkungen auf die Verhältnisse in der DDR vorgebracht werden sollten, sahen auch viele Synodale, die sich im Ausschuß zur Frage der Wehrpflicht positiv geäußert hatten, keinen Hinderungsgrund, diese Entschliebung zu unterzeichnen...“

„Es liegt darum die Frage nahe, ob nicht durch die Kürzung des offiziellen Beschlußantrages der Sinn der Unterschriften-

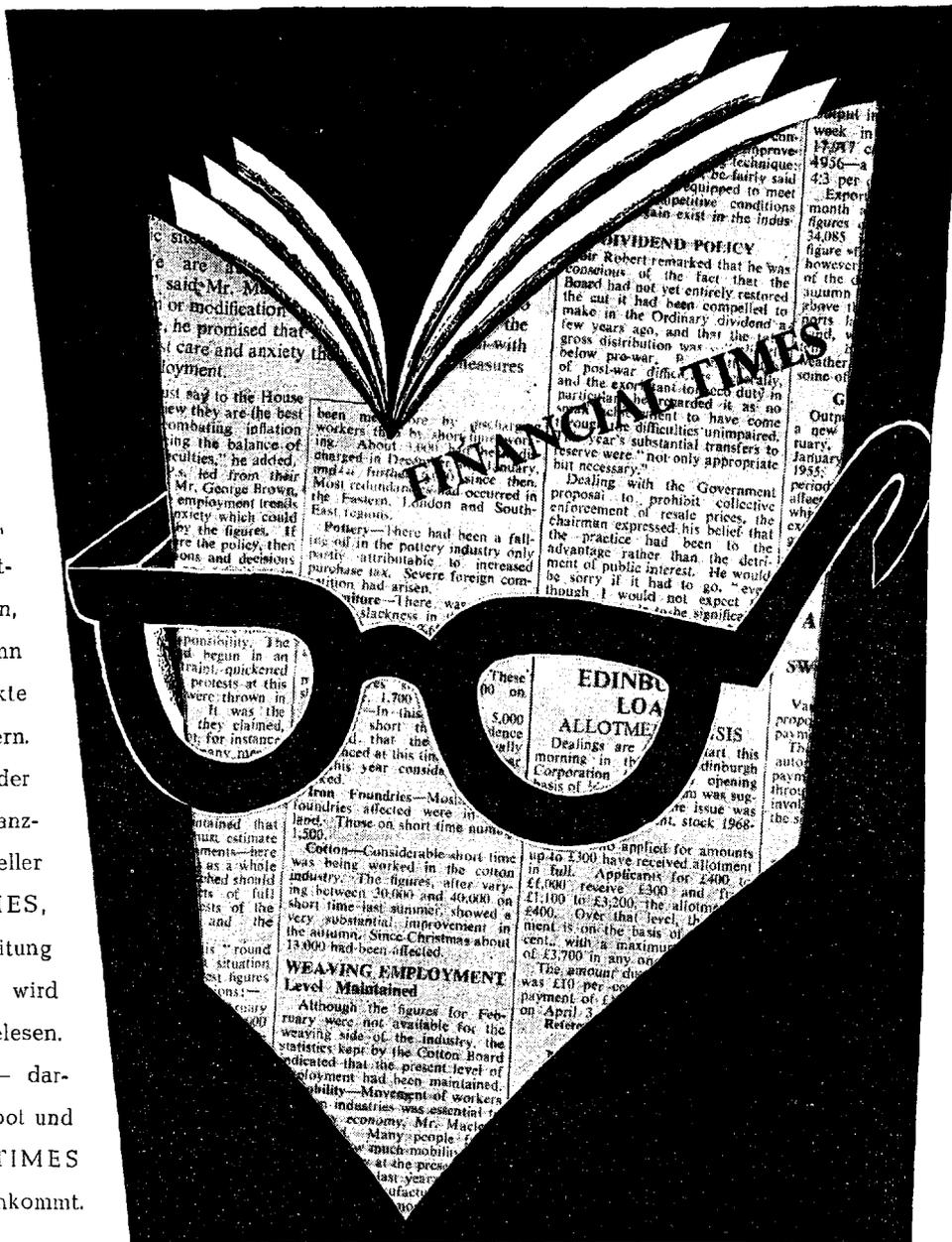


Bonner Professor Iwand
... wenn die Kirche politisch Stellung nimmt

Wer klar sieht

und eine Situation richtig zu beurteilen vermag, wird seine Kräfte rationell und erfolgreich einsetzen. Für den Geschäftsmann kommt es darauf an, im richtigen Moment richtig zu handeln. Nur dann kann er Konjunkturen ausnutzen, neue Märkte erschließen, Produktion und Erträge steigern. Das setzt voraus, daß er über alle Vorgänge in der internationalen Wirtschaft, Industrie und Finanzwelt schnell und fachgerecht orientiert wird. Schneller und besser als durch die FINANCIAL TIMES, die täglich erscheinende führende Wirtschaftszeitung Europas, dürfte dies kaum möglich sein. Sie wird in den Wirtschaftszentren der ganzen Welt gelesen. Deshalb pflegen bedeutende Unternehmen — darunter auch viele deutsche Firmen* — ihr Angebot und ihre Geschäftsberichte in der FINANCIAL TIMES den Männern zu unterbreiten, auf die es ankommt.

- * DEMAG · MANNESMANN
- FRIED KRUPP · HOESCH-WERKE · BASF
- FARBENFABRIKEN BAYER · FARBERWERKE HOECHST
- VEREINIGTE GLANZSTOFFFABRIKEN
- BURBACH-KALIWERKE · DIDIER-WERKE · FORD-WERKE
- NSU-WERKE · VEREINIGTE ALUMINIUM-WERKE
- KAUFHOF · OLYMPIA-WERKE · ORENSTEIN-KOPPEL
- PHOENIX-RHEINROHR AG · KALI-CHEMIE · SALZDETURTH
- DAIMLER-BENZ · RHEINPREUSSEN
- AEG · KLOCKNER-WERKE · WASAG · KARSTADT
- DEGUSSA · KLOCKNER-HUMBOLDT-DEUIZ
- HUTTENWERK OBERHAUSEN · VOLKSWAGENWERK
- KABELWERK RHEYDT · BREMER WOLLKAMMEREI
- SALAMANDER · GERLING-KONZERN



Nachrichten, Prognosen und Kommentare — das ist die Devise der FINANCIAL TIMES. Stündlich erreichen Kabel und Berichte aus den 50 wichtigsten Handelsmetropolen der Welt die Redaktion in London. Mit Hilfe ihres einzigartigen Nachrichtendienstes spiegelt die FINANCIAL TIMES täglich die Markt- und Geschäftssituation in allen Ländern der Erde wider. Denn nicht ohne Grund lesen rund 200000 Industrielle und Kaufleute jeden Tag die FINANCIAL TIMES.

Es gibt nur eine

FINANCIAL TIMES

Die täglich erscheinende führende Wirtschaftszeitung Europas, herausgegeben in London seit 1888.
THE FINANCIAL TIMES — 72, Coleman Street, London E. C. 2

sammlung nachträglich bewußt verändert worden ist.“

Diese Frage hatte allerdings bis dahin keinem einzigen der Synodalen nahegelegt. Kaum hatte Eberhard Müller geredet, da stieg der Bonner Theologieprofessor Helmut Gollwitzer auf die Kanzel des Gotteshauses:

„Das ist in der Geschichte der Synode und der Evangelischen Kirche noch nicht vorgekommen, und es gibt kein Faktum, auf das sich Herr Müller berufen könnte, um sein Verhalten zu rechtfertigen. Eine



Barth-Freund Professor Wolf
Auf intellektueller Ebene...

private Unterschriftensammlung aus eigener Initiative auf einer Synode zu veranstalten, ist selbstverständlich jedem Synodalen erlaubt. Durch die Unterschriften ist kein Beschluß der Synode vorgeschlagen oder verändert worden.“

Dann sprach auch noch der Professor Iwand gegen Müller. Es war schließlich der Pfarrer Mummenhoff von der Bonner Kreuzkirche, der im „Evangelischen Sonntagsblatt für Bonn und Umgegend“ über den Fortgang dieser Diskussion klagte: „Ich hoffe, und das brachte ich in einem Begrüßungswort als Gastgeber der Versammlung zum Ausdruck, daß die Würde des Gotteshauses die Besucher zwingen werde, sich in der nachfolgenden Aussprache bewußt zu bleiben, daß alles, was wir in der uns innerlichst bewegenden Frage sagen würden, vor dem Angesicht Gottes und unseres Heilandes Jesu Christi gesagt werde.“

„Als erstes müssen wir vor Gott und der Gemeinde darüber Buße tun, daß unsere eigentlich selbstverständliche Erwartung nicht in Erfüllung ging. Es wurde nach den Worten der Diskussionsredner offensichtlich von den zahlreich anwesenden Studenten getrampelt und gezischt, weil sie leider einen Hottelsaal nicht von der Kirche zu unterscheiden wußten...“

„Unsere größte Sorge besteht darin, daß wir sehen müssen, daß Massen zusammenströmen, wenn über Fragen der Stellungnahme der Kirche zu politischen Fragen geredet wird, daß aber oft nicht die gleiche innere Beteiligung festzustellen ist, wenn

sensationslos über Fragen des ewigen Seelenheils von der Kirche geredet wird.“

So kam es, daß seit der Kanzelrede Eberhard Müllers, zu der die Einladungen in der Bonner CDU-Geschäftsstelle fabriziert worden waren, selbst in den Gremien der Evangelischen Kirche weniger über das Seelenheil als über die Unterschriftenliste diskutiert wird. Geistliche Herren schrieben einander Offene Briefe, in denen sie sich kriminelle Delikte vorwarfen und — je nach politischer Einstellung — entweder die Unterschriftensammlung oder die Müllersche Kritik an dieser Sammlung herabsetzten.

Am 13. August, zum Abschluß des Evangelischen Kirchentages in Frankfurt am Main, will sich nun der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland mit dieser Unterschriftenliste befassen. Sein Vorsitzender, Bischof Dibelius, ist selbst arg in das Kreuzfeuer der Diskussion um die Liste geraten. Er hatte unterschrieben, dann erklärt, es sei objektiv unrichtig, daß er grundsätzlich gegen die Allgemeine Wehrpflicht sei und dem Gustav Heinemann schließlich gesagt, er sei nur in der jetzigen Situation gegen die Wehrpflicht.

Um die politische Balance der Evangelischen Kirche zu sichern, soll nun erst einmal so schnell wie möglich die Kommission der Synode nach Ostberlin geschickt werden, um dort die Bedenken gegen den Wehrzwang vorzutragen.

GERSTENMAIER

Bericht nach dem Krieg

Die Streitigkeiten, die sich in der Evangelischen Kirche Deutschlands vor dem Hintergrund der Politik abspielten, sind um einen Strafantrag bereichert worden, den ein Mitglied der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland, der Oberkonsistorialrat Eugen Gerstenmaier, erstattet hat, und zwar gegen den Professor D. theol. Ernst-Friedrich Wolf, den Vorsitzenden der Gesellschaft für evangelische Theologie und ordentlichen Professor für Kirchengeschichte an der Theologischen Fakultät der Georg-August-Universität in Göttingen. Gerstenmaier sagt, Professor Wolf habe ihn beleidigt.

Man muß dazu nicht nur wissen, daß der eine der beiden Kirchenmänner — Gerstenmaier — führender CDU-Politiker ist, sondern auch, daß Professor Wolf der winzigen „Gesamtdeutschen Volkspartei“ Gustav Heinemanns anhängt.

Professor Wolf hat das Vorwort zu einer Veröffentlichung geschrieben, die vor kurzem erschien und unter dem Titel „Karl Barth zum Kirchenkampf“ Aufsätze dieses Theologen aus den Jahren 1933 bis 1945 zusammenfaßt. „Gemeinsam ist den... abgedruckten Stücken“, so hatte Professor Wolf in seinem Vorwort geschrieben, „eine noch heute ungeminderte Aktualität“.

Ein starkes Stück in dieser Neuerscheinung ist nun zweifellos ein Barthscher Aufsatz „Neueste Nachrichten zur neueren deutschen Kirchengeschichte?“, der erstmals am 12. Juli 1945 im „Kirchenblatt für die reformierte Schweiz“ stand und sich mit einem Artikel auseinandersetzt, der am 23. und 24. Juni 1945 in der „Neuen Zürcher Zeitung“ erschienen war. Dieser Artikel hatte geheißen: „Zur Geschichte des Umsturzversuchs vom 20. Juli 1944; Bericht von Konsistorialrat D. theol. Eugen Gerstenmaier.“

Eugen Gerstenmaier hatte bei Kriegsende im Zuchthaus Bayreuth eingesperrt und war von dort nach dem Einmarsch der Amerikaner durch einen Delegierten des

* „Karl Barth zum Kirchenkampf“; Neue Folge Nr. 49 der Schriftenreihe „Theologische Existenz heute“; Chr. Kaiser Verlag, München; 96 Seiten; 4,75 Mark.

Roten Kreuzes in die Schweiz zu Freunden gebracht worden, damit er sich erhole. Die „Neue Zürcher Zeitung“ hatte dann einen Bericht über die Gerstenmaierschen Erlebnisse im Dritten Reich veröffentlicht, der den Konsistorialrat als den wohl aktivsten Kirchenmann im Kampf gegen Hitler hinstellte und in dem es hieß:

„Ich... war... Scoutführer und hatte in dieser Eigenschaft — etwa seit 1927 (Gerstenmaier ist 1906 geboren) — meine ersten Zusammenstöße mit dem Nationalsozialismus. Zu heftigeren Auseinandersetzungen



Widerständler Gerstenmaier
... ein wilder Kampf mit Freisler

mit dem Nationalsozialismus führten seit 1930/31 von mir veröffentlichte Aufsätze und Reden. Als Leiter der Rostocker Theologenschule hatte ich seit 1933 von neuem scharfe Zusammenstöße mit dem nationalsozialistischen Studentenbund, mit der Deutschen Glaubensbewegung und den Deutschen Christen. Diese Kämpfe griffen auf andere Universitäten über...

„Seit März 1933 nahm ich in enger Verbindung mit Pastor Martin Niemöller an der Begründung und dem Kampf der Bekennenden Kirche teil. Ich bemühte mich vor allem um die Einbeziehung der süddeutschen evangelischen Landeskirchen... in den Kampf der Bekennenden Kirche... Jahrelang war ich... verwickelt in die erbitterten Kämpfe mit der Avantgarde des Nationalsozialismus... Kurz nach Ausbruch des Krieges... wurde ich... beinahe verhaftet...“

„Nur kleine Teile (der Kirchen) kamen für einen bewaffneten Umsturz in Frage... Im Führungskreis der Widerstandsbewegung... hat außer mir selbst von evangelischer Seite bis zu seiner Verhaftung im Herbst 1943 der Pfarrer Dr. Dietrich Bonhoeffer aus Berlin an den Umsturzvorbereitungen teilgenommen... Ich sollte als Militärbefehlshaber mit Graf York, mit dem ich seit geraumer Zeit zusammenwohnte, bei der Neuordnung zusammenarbeiten.“

Die „Neue Zürcher Zeitung“ schob dann eine redaktionelle Bemerkung in den Gerstenmaierschen Bericht ein: „Als ob er angesichts der Tatsache, daß alle seine Mitverschworenen gehängt wurden und er der

einzig Überlebende war, auf eine in der Luft liegende Frage antworten mußte, fuhr Dr. Gerstenmaier fort: „Statt am Morgen des 21. Juli, wie angekündigt und erwartet, gehängt zu werden, wurde ich zum Verhör vor einen großen Kreis von SS- und Gestapo-Leuten gestellt. Es war mir völlig klar, daß mir ein persönliches Eingeständnis meiner ‚Schuld‘ nichts nützen konnte... York hatte meine Anwesenheit in der Bendlerstraße als zufällig bezeichnet... verlegte ich mich auf eine konsequente Irreführung... fragte ich mich immer wieder, ... ob ich nicht... einfach das blanke Eingeständnis machen sollte: Ich stehe zu meinen Freunden vom 20. Juli. Ich verabscheue den Mord. Ich bin Christ. Aber ich sehe in Hitler das personifizierte Böse der Weltgeschichte. Ich spielte durch alle Fährnisse der dreitägigen Verhandlung meine Rolle weiter: Ein wilder Kampf auf intellektueller Ebene mit Freisler... Das Urteil: sieben Jahre Zuchthaus und sieben Jahre Ehrverlust.“

Dieser Artikel vom Juni 1945 in der „Neuen Zürcher Zeitung“ war es nun, der Karl Barth zu einer Entgegnung veranlaßte: „Mehr als anfechtbar ist sicher Gerstenmaiers Angabe, daß er ‚seit dem März 1933‘ an der Begründung und dem Kampf der Bekennenden Kirche in enger Verbindung mit Niemöller Anteil gehabt habe. Ich bin doch zwischen 1933 und 1935 wohl bei allen wichtigeren Aktionen der Bekennenden Kirche persönlich dabei gewesen, muß aber gestehen, daß mir der Name Gerstenmaier heute zunächst gar nichts gesagt hat: weder im Guten noch im Bösen. Ich habe mich auch bei anderen, die damals die Dinge wenigstens aus der Ferne aufmerksam verfolgten, vergeblich nach einer Erinnerung an ihn umgehört... Daß Gerstenmaier das Recht hätte, sich mit Niemöller — um nachher zu erzählen, wie er ihn überboten hat! — in einem Atemzuge zu nennen, ist... nicht nur eine unbedeutsame, sondern eine unrichtige Behauptung.“

An seine eifernde Kritik an Gerstenmaier knüpfte Karl Barth dann einige



Gerstenmaier-Kritiker Barth
Ein Artikel wurde neu aufgelegt

außerordentlich unfreundliche Warnungen davor, „große verkannte Anti-Nazis, Bekenner, Helden und Beinahe-Märtyrer“ beim deutschen Wiederaufbau anzustellen.

Diese Polemik des Karl Barth wurde später — wiederum in der „Neuen Zürcher Zeitung“ — von dem Züricher Professor Emil Brunner kritisiert. In den Wirren der ersten Nachkriegszeit wurden alle diese Veröffentlichungen aber kaum in Deutschland bekannt. Erst jetzt, da der Göttinger Professor Wolf die Barthschen Aufsätze mit einem Vorwort versah und sie wieder neu herauskamen, hat Eugen Gerstenmaier etwas dagegen unternommen.

Barths Kritik enthalte „unter Entstellung der Tatsachen eine Fülle von Beleidigungen und kränkende Äußerungen über sein (Gerstenmaiers) Verhalten während des Kirchenkampfes“. Und der Professor Wolf habe sich diese Kränkungen zu eigen gemacht, indem er sie als ein „Dokument von ungeminderter Aktualität“ bezeichnete.

Die Staatsanwaltschaft beim Landgericht München I prüft nun den Strafantrag des Bundestagspräsidenten. Gegen Karl Barth hat Eugen Gerstenmaier bisher keinen Strafantrag gestellt.

VERKEHR

MINISTER-AUTOS

Mann überfahren

Außer einem herzlich gehaltenen Beileidsschreiben hat der bayrische Ministerpräsident Dr. Wilhelm Hoegner der Witwe des Filzfabrikarbeiters Karl Schreck, 50, aus Roth bei Nürnberg jetzt 500 Mark in bar übersandt, zur Linderung der dringendsten Not. Diese Notlage der Frau Schreck wurde durch den jähen Tod ihres Mannes verursacht.

Motorradfahrer Schreck mußte sein Leben lassen, als er den Versuch unternahm, die alte Bischofsstadt Bamberg auf der Bundesstraße 4 genau zu jener Zeit zu durchfahren, zu der sich mit der gleichen Absicht und auf der gleichen Straße — allerdings aus entgegengesetzter Richtung — Bayerns Ministerpräsident Dr. Wilhelm Hoegner in seinem Dienstwagen näherte, von einigen Polizeifahrzeugen begleitet. Der bayrische Regierungschef hatte dem Eröffnungsakt zur 900-Jahr-Feier der Stadt Coburg beigewohnt und befand sich auf dem Rückweg nach München.

Nun ist es in Bayern Brauch, die Fahrtstrecke des Ministerpräsidenten jenen Polizeidienststellen bekanntzugeben, deren Dienstbereich vom Kurs des Regierungschefs gekreuzt wird. So kam es, daß Dr. Hoegner und der Staatssekretär im bayrischen Landwirtschaftsministerium, Erich Simmel (BHE), der in seinem Dienstwagen dem des Regierungschefs folgte, von einem Volkswagen der oberfränkischen Landpolizei begleitet wurden. Ein schwarz-weißer Opel-Rekord-Streifenwagen der Bamberger Stadtpolizei erwartete diese Kolonne vor dem Ortseingang der Bischofsstadt, so daß die Bezeichnung „Eskorte“, die nun recht bald im Bamberger Polizeibericht auftauchte, durchaus gerechtfertigt ist.

Der Polizeibericht meldete nämlich kurz darauf, daß „ein Streifenwagen der Stadtpolizei der Eskorte vorausgefahren“ sei, um den übrigen — entgegenkommenden — Verkehrsteilnehmern im Zuge der Bundesstraße 4 mit der Kelle Haltzeichen zu geben — eine Maßnahme, die in den einschlägigen gesetzlichen Vorschriften keine rechte Stütze findet.

Wer nun weiß, wie eng sich diese Bundesstraße stellenweise durch das alte



Verkehrsteilnehmer Hoegner
Ein Motorrad wurde zur Seite geschleudert

Bamberg windet, und wer der ersten Mitteilung entnimmt, daß die Eskorte mit 45 bis 50 Stundenkilometern durch die Stadt eilte, den wundert nicht, was nun kam: „Während zwei Wagen des entgegenkommenden Verkehrs sofort hielten, bemerkte ein Motorradfahrer das schnelle Bremsen des vor ihm fahrenden Pkw zu spät, prallte auf und wurde auf die Fahrbahn geschleudert.“

Jene Ungenauigkeit, die Autoren von Polizeiberichten zuweilen dann unterläuft, wenn die Polizei an solchen bitteren Vorkommnissen beteiligt ist, zeichnet auch diese amtliche Nachricht aus. In ihr fehlt nämlich die Feststellung, daß der Motorradfahrer Schreck, nachdem er auf den vor ihm fahrenden Pkw aufgeprallt war, zunächst gegen ein Fahrzeug der eilig entgegenkommenden Eskorte geschleudert wurde, und zwar gegen den Volkswagen der Landpolizei; dann erst blieb er schwer verletzt auf der Fahrbahn liegen.

„Durch sofortiges Bremsen“ — so ließ sich mit dem gut ausgebildeten Reaktionsvermögen der Polizisten nun wieder einigermaßen unauffällig Staat machen — „konnte verhindert werden, daß der Mann überfahren wurde“. Indes, auch ohne noch überfahren zu werden, starb Karl Schreck zwei Tage später im Bamberger Krankenhaus. Befund: Gehirnerschütterung, Rippenbrüche, Verdacht auf Bruch von Brustwirbeln, schwere Platzwunde am Kopf. Die Ortspolizei, nach Schrecks Tod erneut wegen der Geschwindigkeit der Eskorte befragt, gab nun 50 bis 55 Stundenkilometer an, während Augenzeugen von wesentlich höherer Geschwindigkeit sprachen.

Ministerpräsident Dr. Wilhelm Hoegner, der nach dem Unfall sofort ausgestiegen war, um sich nach dem Verletzten zu erkundigen, rief noch am gleichen Abend von München aus im Bamberger Krankenhaus an und fragte nach Schrecks Befinden. Als ihn bald darauf die Nachricht vom Tode des Motorradfahrers erreichte, bedauerte er in einer nach Bamberg gerichteten Erklärung dieses traurige Er-